

<b>Erscheinungsdatum</b>	07.08.2009	<b>Jobnummer</b>	1468422
<b>Wortanzahl</b>	611	<b>Artikelname</b>	kant-juko
<b>Produkt</b>	Obwaldner Wochenblatt	<b>ID</b>	3243084
<b>Ressort</b>	OW_Wochenblatt	<b>Pagina</b>	3
<b>Autor</b>	Urs-Ueli Schorno	<b>Sperrstatus</b>	frei
<b>Stichwort</b>		<b>Löschen am</b>	
<b>Notiz</b>			

## Jugend: Wie weiter mit dem Jugendkulturzentrum?

# Der Knackpunkt sind die Gemeinden

Es kommt Bewegung in die Suche nach einem Jugendlokal. Eine schnelle Lösung wird es aber nicht geben.

Urs-Ueli Schorno

Im vergangenen März erreichte den Regierungsrat eine Motion aus dem Kantonsrat (siehe Box), die eine Forcierung der Suche nach einem Jugendkulturzentrum fordert. Dabei beruft sie sich auf das Konzept «Offene Jugendarbeit», das bereits 2001 vorgelegt wurde. Bereits umgesetzt aus diesem Konzept wurde die Schaffung der Stelle für einen Jugendbeauftragten, die Cyril Fuchs inne hat. Seine Aufgabe ist die Vermittlung zwischen Jugend und Politik. Die Professionalisierung der Jugendarbeit soll die Reibungsflächen der Institutionen abbauen und die Ansprüche von Jugend – repräsentiert zurzeit durch den Verein Juko – und Gemeinden/Kanton abgleichen.

### Kanton als Koordinator

In seiner Stellungnahme zur Motion erklärt sich der Regierungsrat bereit, die Koordination für die Realisierung des Jugendraums zu übernehmen. Allerdings fordert er, dass alle Gemeinden auf den Zug aufspringen. Eine Sonderlösung sei einzig für die Gemeinde Engelberg denkbar, da deren Jugendliche kaum regelmässig in Sarnen anzutreffen seien.

### Veraltetes Jugendgesetz

Wenig gute Handhabe bei der Klärung des Verhältnisses zwischen Kanton und Gemeinden bietet das veraltete Jugendgesetz von 1973. Dieses macht etwa keinen Unterschied zwischen einem Zwölfjährigen, der gerade in die Orientierungsstufe eintritt, und einer 18-jährigen Maturandin, die kurz vor der Wahl des Studiums steht. Der in der Motion angestrebten Zuständigkeit des Kantons für die über 16-jährigen Jugendlichen «Ü 16», während die jüngeren «U 16»-Obwaldner durch die Gemeinden betreut werden sollen, steht also kein griffiges Gesetz zur Verfügung. Dass jedoch die Ausgehgewohnheiten und Interessen von 12- und 18-jährigen Jugendlichen unterschiedlich sind, wird anerkannt.

### Andere Freizeitgewohnheiten

Während der junge Sekundarschüler bevorzugt seine Freizeit in der Heimatgemeinde verbringt, orientiert sich die Maturandin oder der Lehrling stärker am Hauptort. Die im Konzept «Offene Jugendarbeit» vorgeschlagene Unterscheidung zwischen «U 16» und «Ü 16», die diesen veränderten Freizeitgewohnheiten Rechnung trägt, wird vom Regierungsrat für sinnvoll erachtet. Die auch in der Pädagogik und der Jugendarbeit etablierte Differenz kann den Kanton jedoch nicht dazu verpflichten, alleine die Verantwortung für ein Jugendkulturzentrum zu tragen. Folgerichtig macht Regierungsrätin Esther Gasser den Einsatz des Kantons als Koordinator davon abhängig, dass nicht nur Sarnen, sondern auch die anderen Gemeinden endlich ins Boot steigen. Sie fordert zudem, dass ein Verteilungsschlüssel zwischen Sarnen als Trägergemeinde und den anderen Gemeinden gefunden wird.

Dafür stellt der Kanton einen Beitrag von 250 000 Franken in Aussicht, die zur Verfügung stehen, sobald sich eine konkrete Lösung abzeichnet.

### **Gemeinden bocken**

Die Gemeinde Sarnen, die wohl auch in Zukunft als einziger Standort in Frage kommt, macht ihrerseits ein Engagement abhängig von der Beteiligung der anderen Gemeinden. Bis anhin wollen diese jedoch nichts von einer Beteiligung wissen und verweisen auf funktionierende Jugendarbeit und Jugendräume in den Gemeinden.

Was dabei jedoch unausgesprochen bleibt, ist, dass sich die vorhandenen Jugendräume in den Gemeinden, etwa das «Jump» in Giswil oder der «Bunker» in Lungern, an ein anderes Publikum wenden. Einzige Alternative zu einer kantonalen Lösung für einen Jugendraum «Ü 16» ist die Orientierung der Jugendlichen nach Luzern, wo das Angebot bedeutend grösser ist.

### **Lösung bis 2010 unrealistisch**

Regierungsrätin Esther Gasser teilt unter den gegebenen Umständen die Bedenken des Juko-Vorstandes, der eine endgültige Lösung der Raumproblematik innerhalb der Zeit bis zum Abriss des Juko-Pavillons für wenig realistisch erachtet. Zwar liege zurzeit eine weitere Offerte des Jugendbeauftragten vor, doch selbst bei einer allfälligen Zustimmung durch den Regierungsrat würde die Umsetzung wohl länger dauern. Zum genauen Inhalt der Offerte und dem allfälligen Standort können Regierungsrat und Jugendbeauftragter zurzeit keine Auskunft geben, da das Geschäft noch nicht behandelt wurde. Für Gasser ist jedoch klar, dass bis Sommer 2010 die Jugend nicht ohne Raum da stehen darf. «Wir streben eine Übergangslösung an», sagt sie. Genaueres will sie erst nach der Prüfung der «Offerte Fuchs» bekannt geben.